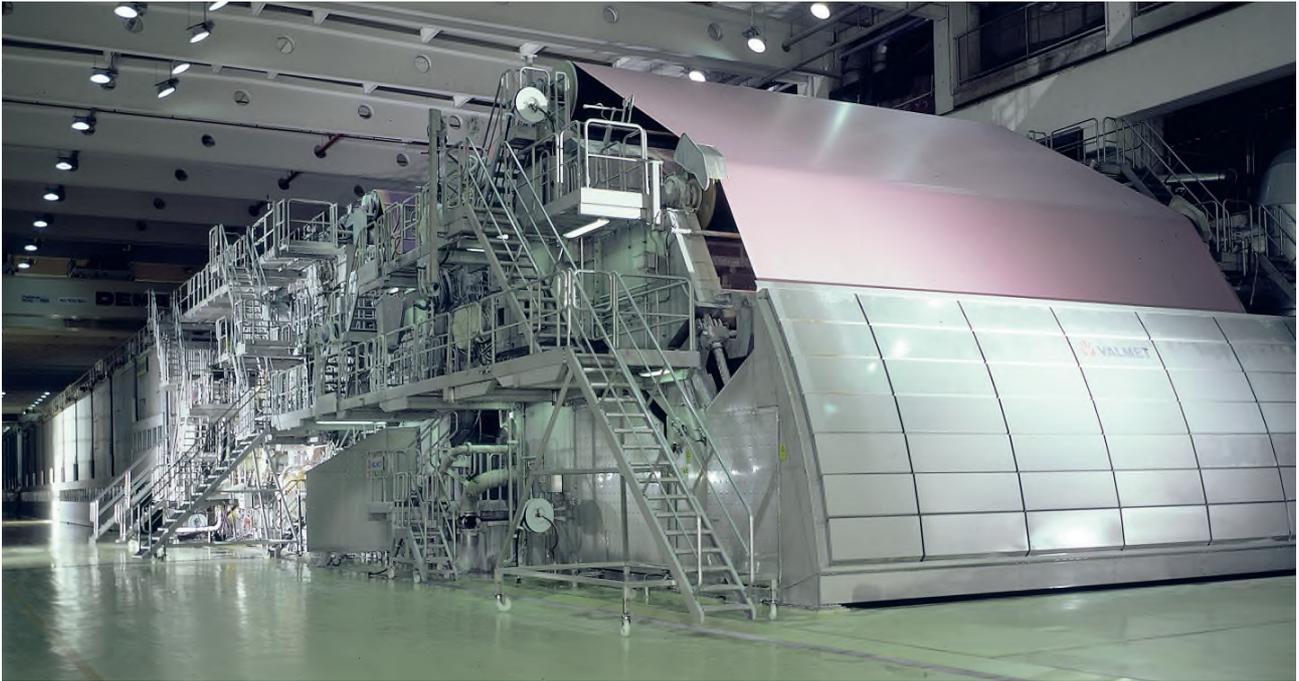


---

# POSITIONSPAPIER DER PAPIERINDUSTRIE

zur Landtagswahl am 15. Mai 2022  
in Nordrhein-Westfalen





## **Vorbemerkung zum Positionspapier für die Papierindustrie NRW**

Nordrhein-Westfalen ist eine der Schwerpunktregionen der deutschen Papierindustrie. Rund 30 Betriebe mit 7000 Beschäftigten erzeugen in Nordrhein-Westfalen Papier, Karton, Pappe und Hygienepapiere. Sie stehen für eine nachhaltige industrielle Wertschöpfung und leisten als attraktive Arbeitgeber einen maßgeblichen Beitrag zu Beschäftigung, Wohlstand und sozialer Sicherheit in Deutschland. Sie stellen vielseitige, werthaltige und nutzenstiftende Produkte her, die für Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur von großer Bedeutung sind. Kleine und mittlere, oft familiengeführte Unternehmen gehören dabei ebenso zum Branchenmix wie große Standorte internationaler Unternehmen; alteingesessene Traditionsunternehmen ebenso wie erst vor wenigen Jahren angesiedelte Fabriken.

Die nordrhein-westfälischen Papierhersteller erwirtschaften einen Umsatz von rund 2,3 Mrd. Euro im Jahr. Die deutsche Papierindustrie ist die Nr. 1 in Europa. Im weltweiten Vergleich liegt sie an vierter Stelle hinter China, den USA und Japan. Mit einem Umsatz von über 12,5 Mrd. Euro und einer Jahresproduktion von über 21 Mio. Tonnen werden insgesamt rund 3.000 verschiedene Papiersorten hergestellt. An rund 160 Produktionsstandorten beschäftigt die Industrie in Deutschland etwa 40.000 Mitarbeiter. Die Papierindustrie von NRW ist im Vergleich mit den nationalen Papierindustrien in Europa die neuntgrößte.

Die Papier- und Zellstoffindustrie nutzt nachwachsende biogene Fasern aus Holz, Zellstoff und – als mengenmäßig wichtigsten Rohstoff - Altpapier und benötigt für ihre Prozesse Energie und Wasser. Sie steht für Nachhaltigkeit, Kreislaufwirtschaft und ist Teil der Bioökonomie. Eingebunden in regionale Wertschöpfungskcluster ist sie in komplexe, internationale Lieferketten für die Beschaffung ihrer Rohstoffe und den Absatz ihrer vielfältigen, innovativen Produkte aus Papier, Pappe und Karton integriert.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen im Land haben große Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Papierindustrie in NRW, Deutschland und Europa. Diese zu erhalten und zu verbessern, muss Ziel der Politik sein. Die Weiterentwicklung des Rechtsrahmens beeinflusst maßgeblich, ob ausreichend Investitionen getätigt werden können, um die Transformation der Branche hin zur Klimaneutralität zu verwirklichen.

Unter dem Eindruck des durch EU- und Bundesvorgaben beschleunigten Transformationsprozesses ist die Landtagswahl am 15. Mai 2022 für den Standort NRW und die Papierindustrie richtungsweisend. Die Branche hat daher ihre Forderungen an die künftige Landesregierung im vorliegenden Papier zusammengeführt.



# 1. Weiterentwicklung des Industriestandortes NRW

NRW ist ein attraktiver Industriestandort. Die hohe Ansiedlungsdichte von Unternehmen verschiedener Branchen liefert die Grundlage für geschlossene regionale Wertschöpfungsnetzwerke. NRW ist gekennzeichnet durch eine hohe Bevölkerungs- und Siedlungsdichte und einen Rückgang verfügbarer Flächen zur aktiven Nutzung und Bebauung. Hier sind urbane Räume noch stärker betroffen als ländliche Räume, in denen sich Papierfabriken, historisch und durch die Verfügbarkeit eines Wasserzugangs bedingt, häufiger angesiedelt haben.

Die Lage im Zentrum Europas und eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur sind Standortvorteile, die NRW für die Papierindustrie attraktiv machen.

*Um die wirtschaftlichen Chancen zu wahren und Möglichkeiten für weiteres Wachstum der Papierindustrie in NRW zu schaffen, sollte die Landesregierung folgende Maßnahmen ergreifen:*

- ➔ Das industriepolitische Leitbild für NRW muss konsequent beachtet, angewendet, umgesetzt und weiterentwickelt werden, um zur Steigerung der Planungssicherheit und zur Stabilisierung der Umfeldbedingungen beizutragen. Nur so werden Voraussetzungen für Investitionen in neueste, besonders umwelt- und klimaschonende Papiermaschinen und -Anlagen in NRW geschaffen.
- ➔ „Entfesselung“ fortsetzen: Die Verringerung von Bürokratie und die Vereinfachung von Genehmigungs- und Prüfprozessen waren wichtige Elemente der sogenannten „Entfesselungspakete“ der letzten Jahre. Diese Bemühungen müssen konsequent fortgesetzt werden.
- ➔ In die Landesplanung muss ein Industriebestand eingeführt werden, der den Fortbestand und das Wachstum von Industriestandorten stützt und die Nutzung und Widmung von Flächen insgesamt flexibilisiert.
- ➔ Die stetig wachsende Einbindung in Wertschöpfungsnetzwerke muss mitgedacht werden: Die Standorte der Papierindustrie liegen häufig in ländlichen Gebieten und zeichnen sich durch eine hohe Logistikintensität aus. Die Verkehrsinfrastruktur muss dem Rechnung tragen. So wird der ländliche Raum als Standort gestärkt und die Akzeptanz industrieller Ansiedlungen vor Ort und in der Fläche unterstützt.
- ➔ Bestehende Wachstumspotenziale durch Digitalisierung müssen realisiert werden: Dazu muss die Digitalstrategie NRW umgesetzt und weiterentwickelt werden. Programme zur Beratung und zur finanziellen Unterstützung des industriellen Mittelstandes bei der Implementierung von Digitalisierungsprojekten müssen fortgesetzt bzw. ausgebaut werden. In der Fläche muss die zur Digitalisierung erforderliche Infrastruktur geschaffen werden. Dazu zählen 5G-Netze, die erleichterte Einrichtung von Campus- bzw. Firmennetzwerken, ausreichend Bandbreiten und Frequenzen und eine Re-Fokussierung

bei Aus- und Weiterbildung auf verbesserte Digitalkompetenzen. Hierdurch würde der ländliche Raum in NRW gestärkt und ein Beitrag zur Akzeptanz der Industrie in der Breite geleistet.

## 2. Energie- und Klimapolitik

Die Papierindustrie ist bereit ihren Beitrag zur Energiewende und zur Erreichung der Klimaneutralität zu leisten. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Papiererzeugung energieintensiv und auf eine sichere und stabile Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen angewiesen ist. Der Einsatz erneuerbarer Energien ist dabei zuletzt deutlich gestiegen. Zur Sicherstellung einer stabilen Versorgung müssen jedoch weiterhin Teile der Prozessenergie und des erforderlichen Dampfes durch den Einsatz fossiler Energieträger erzeugt werden.

Die Unternehmen der Papierindustrie leisten bereits heute wichtige Pionierarbeit auf dem Weg zur Klimaneutralität. Ein Konsortium verschiedener Unternehmen aus Deutschland baut derzeit in NRW (Düren) eine experimentelle Papierfabrik zur Entwicklung und Erprobung neuer Technologien und Produktionsprozesse. Mehrere Unternehmen (u. a. eines in NRW) haben Projekte zum Einsatz tiefer Geothermie aufgenommen. In Energieeffizienz- und Klimaschutznetzwerken tauschen sich Unternehmen der Papierindustrie zu effizienten Technologien und Einsatzoptionen aus. Um den Transformationsprozess erfolgreich zu gestalten, gibt es verschiedene technologische Optionen. Technologieoffen gestaltete Regulierungen unterstützen die dafür nötigen Innovationen.

Die Papierindustrie steht im harten internationalen Wettbewerb. Solange eine Weitergabe der Kosten für die Transformation nicht möglich ist, ist die Wettbewerbsfähigkeit direkt von den Begrenzungen der Mehrbelastung abhängig, vor allem vom Fortbestand bestehender Entlastungstatbestände. Die zeitversetzte Auszahlung von Entlastungen und verschärfte Vorgaben zum zweckgebundenen Einsatz dieser Mittel reduziert die Wettbewerbsfähigkeit, beschränkt die Mittel für die Transformation der Papierindustrie und konterkariert das Ziel der Treibhausgasneutralität.

***Die NRW-Landesregierung sollte daher folgende Punkte in ihre Energie- und Klimapolitik aufnehmen:***

- ➔ Der Umbau der Stromversorgung darf nicht zu Engpässen führen. Die Landesregierung muss weiter an den sog. „Haltepunkten“ zur Umsetzung des Beschlusses der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung festhalten. Einschränkungen bei Versorgungssicherheit und -stabilität sind nicht akzeptabel. Solange die grundlastfähige Energieversorgung nicht ausschließlich mit erneuerbaren Energien sichergestellt werden kann, braucht es für die benötigte Leistung auch Alternativen.
- ➔ Die Landesregierung sollte den Ausbau erneuerbarer Energien weiter forcieren. „Technologieoffen, mehr und schneller“ sollte die Maxime sein, die sich auf zahlreiche Prognosen zum Anstieg des Energie- bzw. Strombedarfs stützen kann. Das gilt für den

Bereich der Geothermie und die Erzeugung regenerativen Stroms. Dessen Verfügbarkeit ist die Grundlage für den möglichst zügigen Umstieg auf erneuerbare Gase bzw. Wasserstoff.

- ➔ Die Kosten der Energiewende, die die Wirtschaft zu tragen hat, steigen seit Jahren kontinuierlich. Entlastungstatbestände kompensieren dies nur unzulänglich. Sie zehren aufgrund ihres zeitversetzten Eintretens an der Liquidität von Unternehmen. Die Wettbewerbsfähigkeit steht massiv unter Druck. Mit dem Start der 4. Handelsperiode im Emissionshandel, dem fortschreitenden Ausbau erneuerbarer Energien unter den Bedingungen des EEG sowie dem wachsenden Aufwand zum Ausbau und Betrieb des Stromnetzes steigen die Kosten für die Unternehmen weiter. Die Landesregierung muss sich auf Bundesebene dafür einsetzen, diese Belastungen zurückzufahren.
- ➔ Die Energieversorgungsstrategie NRW muss weitergeschrieben und an die aktuellen Ziele der Klimaschutzgesetzgebung angepasst werden. Ohne eine strategiegeleitete Anpassung von Energieversorgung, -infrastruktur und -nutzung und auf die Zielarchitektur abgestimmte Maßnahmenkataloge ist die angestrebte Transformation nicht zu erreichen. Überprüft werden muss der Effekt der jüngst verabschiedeten Abstandsregelungen für Windkraftanlagen. Wirken sie sich mittelfristig negativ auf das Ausbauvolumen aus, muss eine Anpassung erfolgen. Gleiches gilt für den Ausbau von PV-Anlagen, sowohl bei Dach- und Überparkplatzanlagen wie auch bei Freiflächenanlagen. Beide tragen dazu bei, dass NRW auch künftig „Energiewald“ ist und dass neue Technologien und (Speicher-)Anlagen der „Wasserstoff-Ära“ in NRW angesiedelt werden.
- ➔ Die Landesregierung muss die Transformation in der Industrie unterstützen. Dazu gehören Projektmittel für Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben für neue Technologien bzw. Anwendungen, die der Ressourceneffizienz und der Emissionsminderung dienen. Des Weiteren muss die Umrüstung bzw. der Ersatz fossiler KWK-Anlagen unterstützt werden. Erdgas muss zum Teil noch eine Übergangsrolle einnehmen, entsprechende Anlagen sollten einbezogen werden. Mittel- bis langfristig werden Alternativen erforderlich sein; entsprechend weitsichtige, aber auch risikobehaftete Projektierungen, z. B. von Anlagen, die mit Wasserstoff betrieben bzw. auf diesen Betrieb umrüstbar geplant werden, sollten besonders unterstützt werden. Insbesondere bei KWK-Anlagen, die heute bestehen, weil sie durch die Braunkohletagebaue in NRW leicht versorgt werden konnten, sollte die Landesregierung Mittel aus Regional- und Strukturwandelfonds zum Einsatz bringen. Neben dem Einsatz finanzieller Mittel sollte die Landesregierung sicherstellen, dass Genehmigungs- und Planungsverfahren schnell umgesetzt und abgeschlossen werden können.
- ➔ Große Emissionsminderungspotenziale liegen häufig in großen, langfristigen Projekten und müssen entsprechend Zeit und Mittel erhalten, um ihre Wirkung entfalten zu können. Hierzu zählen zum Beispiel Projekte zum Ersatz bestehender Kohlekraftwerke in NRW. Aktuell müssen geförderte Projekte in der Regel binnen drei Jahren einen Beitrag zur Emissionsminderung leisten. Besonders innovative Projekte mit großen Emissionsminderungspotenzialen können die Dreijahresfrist jedoch oft nicht einhalten. Hier sollte

sich die Landesregierung für eine Flexibilisierung und Ausdehnung der Zeiträume einsetzen.

### 3. Rohstoffversorgung und Kreislaufwirtschaft

Die Zellstoff- und Papierindustrie stellt ihre Produkte aus Primärfasern (Holzstoff und Zellstoff) und Sekundärfasern (Altpapier) her. Die deutschlandweit erreichte Altpapiereinsatzquote von 79 Prozent ist ein internationaler Spitzenwert. In NRW liegt die Quote sogar noch darüber, die NRW-Papierindustrie setzt besonders stark auf Recycling. Der Altpapierkreislauf ist jedoch auf die beständige Zufuhr frischer Fasern angewiesen, weil sich eingesetzte Fasern abnutzen und für die Papiererzeugung nicht mehr einsetzbar sind.

Die Intensivierung der Kreislaufwirtschaft schont natürliche Ressourcen, trägt zum Klimaschutz bei und steht im Einklang mit dem Ziel der Landesregierung, wonach NRW künftig eine zentrale Rolle für grüne Technologie weltweit einnehmen soll.

*Vor diesem Hintergrund sollte die Landesregierung NRW folgende Positionen einnehmen:*

- ➔ Alle Rohstoffarten in der Papierindustrie müssen gleichwertig behandelt werden, die Notwendigkeit des Einsatzes von Primärfasern muss dabei grundsätzlich anerkannt werden.
- ➔ Die nachhaltige Bewirtschaftung nordrhein-westfälischer Wälder zur Gewinnung von Holz als Rohstoff für die Wirtschaft ist im Sinne des Klimaschutzes sinnvoll und trägt zur Funktion der Wälder als CO<sub>2</sub>-Senke bei. Die Landesregierung ist aufgefordert, die Bewirtschaftung sicherzustellen, auf die rein ideologisch motivierte Ausweisung von Schutzgebieten zu verzichten und pauschale Nutzungs- oder Einschlagsverbote zu unterbinden.
- ➔ Die konsequente Getrennterfassung von Altpapier in der Blauen Tonne ist die Grundlage für eine erfolgreiche Kreislaufwirtschaft. Die Landesregierung sollte sie daher fortführen und sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine flächendeckende Getrennterfassung einsetzen.
- ➔ Bei der Erfassung von Altpapier spielen die Kommunen eine entscheidende Rolle, weil sie Sammelaufträge vergeben. Die Verantwortung der Kommunen für die Altpapierqualität muss daher gestärkt werden. Die Landesregierung sollte die Kommunen darin unterstützen, indem sie eine flächendeckende Informationskampagne aufsetzt, um Fehlwürfe durch Verbraucher zu reduzieren und so die Altpapierqualität zu steigern. Außerdem sollte sie prüfen, ob Qualitätsmindeststandards in kommunalen Altpapierausschreibungen einen Beitrag zur Verbesserung der Altpapierqualität bzw. zur Ressourcenschonung leisten können und ggf. entsprechende Vorgaben ins Vergaberecht implementieren.

- ➔ Altpapier ist Rohstoff. Das sollte bundesweit gelten: In NRW gilt bereits, dass Altpapier mit dem Abschluss des Sortiervorgangs bzw. bei Sortenreinheit nach DIN EN 643 seine Abfalleigenschaft verliert und als Rohstoff behandelt wird. Eine harmonisierte Regelung von Altpapier innerhalb Deutschlands erleichtert eine grenzüberschreitende Altpapierverbringung und erleichtert den Einsatz in Papierfabriken. NRW sollte sich zur Stärkung des Standortes und zur Verbesserung der Ressourceneffizienz für ein bundesweit einheitliches Ende der Abfalleigenschaft von sortiertem Altpapier nach eigenem Vorbild einsetzen.

## 4. Wassernutzung

Die Papierindustrie benötigt Wasser für die Produktion sowie als Kühl- und Transportmittel. Der Zugang zu Wasser hat historisch gesehen die Standortwahl für die Errichtung vieler Papierfabriken entscheidend mitbestimmt.

Die Reduktion des Einsatzes und der verantwortungsvolle Umgang mit dieser Ressource liegen seit jeher im Selbstverständnis der Papierindustrie. In den letzten Jahrzehnten wurde der Brauchwasserbedarf um 80 Prozent reduziert. Das gebrauchte Wasser wird der Umwelt gereinigt wieder zurückgegeben.

Klimawandel und Natur- bzw. Landschaftsschutz führen seit Jahrzehnten zu stetigen Verschärfungen der Einschränkungen zur Wasserentnahme bzw. -abgabe. Zulässige bzw. verfügbare Wassermengen werden reduziert, zulässige Temperaturwerte für abgegebenes Wasser herabgesetzt, Wassernutzungsrechte immer kürzer befristet vergeben.

*Vor diesem Hintergrund muss die Landesregierung in NRW folgende Punkte bei ihrer Politikgestaltung berücksichtigen:*

- ➔ Die industrielle Nutzung von Gewässern, insbesondere zu Kühlzwecken und zur direkten Verwendung im Rahmen der Produktion, muss auch bei Wasserknappheit unter wirtschaftlich akzeptablen Voraussetzungen möglich sein. Ohne eine kontinuierliche Wasserversorgung in hinreichender Qualität ist die Papierproduktion mittel- bis langfristig in NRW und Deutschland wirtschaftlich nicht möglich.
- ➔ Es dürfen keine unverhältnismäßigen Anforderungen zu Einleittemperatur und Wasserentnahmemengen gestellt werden.
- ➔ Papierfabriken benötigen bezüglich ihres Wasserzugangs langfristige Planungssicherheit. Langwierige und komplexe wasserrechtliche Genehmigungsverfahren müssen daher vermieden werden. Wasserrechte müssen langfristig vergeben werden.
- ➔ Die Qualitätsanforderungen an die Gewässerqualität und die Ufergestaltung sind durch EU- und Bundesrecht vorgegeben. Regionale Sonderwege bzw. darüber hinaus gehende „Platin-Regelungen“ darf es nicht geben, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht zu mindern.

## 5. Umweltpolitik und Umweltschutz

Der Umweltschutz hat für die Papierindustrie höchste Priorität. Die Einhaltung höchster Standards und die Anwendung fortschrittlicher und schonendster Produktionsverfahren ist Standard.

Zugleich ist die Umwelt-Compliance der Papierindustrie Gegenstand intensiver Prüfung und Kontrolle durch staatliche Stellen. In vielen Bereichen übernehmen die Länder das Umsetzen der auf Bundesebene geschaffenen Standards und Gesetze. Insbesondere bei der Anlagengenehmigung und -kontrolle bestimmen jedoch die Länder die Vorgaben, nach denen geprüft bzw. genehmigt wird. In dieser im Föderalismus begründeten Verschränkung der Zuständigkeiten muss es eine übersichtliche und schlanke Struktur ohne Doppelungen und Reibungsverluste geschaffen werden.

### *Die Landesregierung in NRW muss daher folgende Punkte berücksichtigen:*

- ➔ Wenn auf EU- oder Bundesebene die Einführung einer neuen Vorgabe im Bereich des Umwelt- und Ressourcenschutzes beschlossen wurde, sollte grundsätzlich eine 1:1-Umsetzung auf Landesebene erfolgen.
- ➔ Die zunehmenden Bemühungen der Politik, die Externalisierung von Kosten für Dritte durch Emissionen und Immissionen auf quasi Null zu reduzieren und den Gebrauch allgemein zugänglicher Güter mit Preisschildern zu versehen, verursachen bei den Unternehmen hohe Umsetzungskosten. Die Umsetzung bringt nicht automatisch Wettbewerbsvorteile durch eine „Umsetzungsführerschaft“ im Sinne einer Technologieführerschaft mit sich. Die Landesregierung muss sich daher dafür einsetzen, dass vor der Einführung neuer Mindeststandards stets eine ausgewogene Technologiefolgenabschätzung und eine solide Abwägung der Wirtschaftlichkeit bzw. der wirtschaftlichen Machbarkeit erfolgen.
- ➔ Bei der Einführung von Kontroll- und Prüfverfahren sollte stets der Versuch unternommen werden, Bürokratie zu vermeiden. Helfen können Planspiele, Reallabore und Testläufe. Anwender aus der Industrie sollten frühzeitig mit einbezogen und so die Praktikabilität gesteigert werden. Der Landesregierung bieten sich Möglichkeiten zur Anwendung dieser Werkzeuge bspw. bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes im Bereich der digitalen Antragsstellung für immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.
- ➔ Die Landesregierung sollte sich bei Antrags- und Genehmigungsverfahren an anderen Staaten orientieren, die effizienter und vor allem innerhalb eines zeitlich strikt absehbaren Rahmens Projekte genehmigen. Für die Bearbeitung und Bescheidung von Anträgen sollten zeitliche Begrenzungen vorgesehen werden, die Verantwortungs- und Entscheidungskultur gestärkt werden. Verfahren hätten so a priori einen planbaren Zeitrahmen. Bürokratische Hürden wären nicht länger Grund für die Abwanderung von Investitionen an Industriestandorte außerhalb NRWs. Die Landesregierung würde führend bei der Einhegung von Bürokratie in Deutschland.

- ➔ Lärm-, Geruchs- und Staubimmissionen sind bei einigen industriellen Prozessen häufig nur mit unverhältnismäßig großem wirtschaftlichem Aufwand vermeidbar. Die Unternehmen der Papierindustrie investieren bereits heute in die beste verfügbare Technik, um Anrainer und Umwelt bestmöglich und stets im Einklang mit bestehenden Vorschriften zu schonen. Dennoch kann es zu Nutzungskonflikten kommen. Wo immer möglich sollten daher um industrielle Ansiedelungen Schutzzonen eingerichtet werden, die weiterhin das Wachstum von Betrieben in ungestörtem Einklang mit den Anrainern ermöglichen. Wo Siedlungsflächen und Produktionsbereiche bereits unaufhaltsam aneinandergerückt sind, müssen Genehmigungs- und Prüfprozesse Wege für die Umsetzung von Neuanforderungen aufzeigen, die technisch und wirtschaftlich plausibel sind. Die Veränderung der Nutzungsbestimmungen für Flächen in Industrienähe muss unter einen Bestands- und Wachstumsvorbehalt für Industriebetriebe gestellt werden.

## 6. Logistik

Die Papierindustrie ist eine logistikintensive Branche. Der Transport von Rohstoffen und Fertigerzeugnissen erfolgt innerhalb NRWs per LKW, Bahn und Binnenschiff. Entscheidend für effiziente und emissionsarme Transporte sind die Auslastung bei Volumen und Gewicht sowie das Antriebssystem.

Da viele Papierfabriken im ländlichen Raum liegen, wird auf absehbare Zeit ein Verzicht auf LKWs nicht wirtschaftlich darstellbar sein. Entsprechend muss dies bei der Weiterentwicklung der Straßeninfrastruktur berücksichtigt werden.

*Die Landesregierung muss daher in der Verkehrs- und Logistikpolitik folgende Punkte berücksichtigen:*

- ➔ Die Anhebung des zulässigen LKW-Gesamtgewichts auf das bereits heute im kombinierten Verkehr zulässige Niveau von 44 Tonnen könnte jährlich mehrere Millionen Transporte und somit erhebliche Mengen Treibhausgasemissionen einsparen. Deshalb sollte sich die Landesregierung dafür einsetzen.
- ➔ Gleiches gilt für den Einsatz von Lang-LKW – auch hier sind immense Einsparungen möglich, insbesondere bei der in NRW stark vertretenen Hygienepapierindustrie, die große Volumina mit relativ geringem Gewicht zu transportieren hat.
- ➔ Die Straßeninfrastruktur vor Ort muss, bei Sanierung oder Neubau, so ausgelegt werden, dass diese Fahrzeuge sie nutzen können.
- ➔ Für den Schienengüterverkehr fordern wir die konsequente Überprüfung des Ausbaus des Gleisnetzes und den Wiederanschluss von Unternehmen daran. Positive Beispiele gab es zuletzt bei Unternehmen im Dürener Raum. Eine Überprüfung sämtlicher Bahn(neu-)anschlüsse könnte auch Teil des Hochwasseraufbauprogrammes der Landesregierung sein.



WIRTSCHAFTSVERBAND  
DER RHEINISCH-WESTFÄLISCHEN  
PAPIERERZEUGENDEN INDUSTRIE E. V.

Adenauerallee 55 · 53113 Bonn  
Telefon: +49 228 2672820  
info@papierindustrie.nrw  
<https://wv.papierindustrie.nrw>  
Verantwortlich: RA Martin Drews  
Redaktion: Christian Kass  
Stand: Februar 2022

---